Gesellschaften zwischen Multi- und Transkulturalität

Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan (Hrsg.)

D I F F E R E N Z E N

Seismo

Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan (Hrsg.)

Gesellschaften zwischen Multi- und Transkulturalität

«Differenzen»

Brennpunkte dieser Publikationsreihe sind Differenzen, wie sie sich in unterschiedlichen Perspektiven, Ideologien oder empirischen Befunden manifestieren. **«Differenzen»** bietet ein Forum für aktuelle sozialwissenschaftliche Beiträge. Zum einen enthält die Reihe Sammelbände mit Beiträgen renommierter WissenschafterInnen, die im Rahmen von thematischen Vortragsreihen des Studienbereichs Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Fribourg präsentiert wurden. Zum andern erscheinen Monographien, bei denen soziale Differenzierung, Ungleichheiten und Konflikte sowie deren Bearbeitung im Zentrum stehen.

Die Reihe «Differenzen» wird von *Monica Budowski* und *Michael Nollert* von der Universität Fribourg, deutschsprachiger Lehrstuhl des Studienbereichs Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit herausgegeben.

Michael Nollert und
Amir Sheikhzadegan (Hrsg.)

Gesellschaften zwischen Multi- und Transkulturalität

Differenzen

Seismo

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-03777-713-8 (e-PDF)

© 2016, Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen
Zähringerstrasse 26, CH-8001 Zürich
E-Mail: buch@seismoverlag.ch
http://www.seismoverlag.ch

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung (Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung u. a. m.) dieses Werkes oder einzelner Teile ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
ISBN 978-3-03777-151-8 (Print)
ISBN 978-3-03777-713-8 (e-PDF)

Umschlag: Gregg Skerman, Zürich

Inhalt

Immigration und kulturelle Vielfalt: Fundament oder Bedrohung der sozialen Kohäsion? | Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan 7

Pluralisierungen und die Reichweite von Multikulturalismuskonzepten in modernen Rechtsstaaten | Hans-Rudolf Wicker 32

Diesseits des «interkulturellen Dialogs» | Frank-Olaf Radtke 46

Transkulturalität – oder die Neubestimmung des Fremden | Peter-Ulrich Merz-Benz 63

Multikulturalität, Transkulturalität, Transdifferenz | Klaus Lösch 82

Von der Türkei nach Deutschland: Familiennachzug und Heiratsmigration – Transkulturalität oder Separierung? | Stefan Kutzner 109

Kreuzung sozialer Kreise, multiple Identitäten und Toleranz: Eine Analyse zivilgesellschaftlich engagierter MuslimInnen in der Schweiz | Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan 129

“Boundary making” via (religiöse) Kleidung? | Dorothea Lüddeckens unter Mitarbeit von Jacqueline Grigo 165

Integrationspolitik konkret – Überlegungen zur Praxis des staatlichen Handelns | Elisa Streuli 188

Autorinnen und Autoren 204

Immigration und kulturelle Vielfalt: Fundament oder Bedrohung der sozialen Kohäsion?

Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan

Wie für viele andere westeuropäische Länder stellt die Immigration auch für die Schweiz eine kulturelle Herausforderung dar. Während viele Einheimische von den MigrantInnen Assimilation fordern, halten viele MigrantInnen am Anspruch auf kulturelle Identität fest. VertreterInnen des Multikulturalismus gehen in der Regel davon aus, dass ein Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht nur wünschbar, sondern auch möglich ist. Im Unterschied dazu betont das Konzept der Transkulturalität (Welsch 1995), dass Kulturen keine homogene Entitäten sind und es im Hinblick auf die soziale Kohäsion auch nicht a priori wünschbar ist, dass sich soziale Gruppen ausschliesslich kulturell definieren und kulturelle Differenzen akzentuieren oder sogar politisch instrumentalisieren. Eine ähnliche Multikulturalismuskritik ist auch im Konzept der Transdifferenz (Breuning und Lösch 2002) erkennbar. Im Unterschied zur Transkulturalität wird dabei jedoch eingeräumt, dass es durchaus kulturelle Differenzen gibt, die jedoch nicht stabil sind und es daher keinen Sinn macht und gefährlich ist, diese Differenzen zu essentialisieren.

Beide Konzepte stellen folglich vorab das dem Multikulturalismus zugrunde liegende essentialistische Kulturverständnis des deutschen Philosophen Johann Gottfried Herder (1744–1803) in Frage, das die kulturtheoretischen Debatten in der Soziologie und Kulturanthropologie bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierte. Obwohl beide Konzepte in der aktuellen Debatte eine zentrale Rolle spielen, wird häufig vergessen, dass sich die Soziologie bereits seit Georg Simmel kritisch mit der Vorstellung von homogenen Kulturen auseinandersetzt. Allerdings vermochten auch Denkanstösse wie etwa Simmels «Kreuzung sozialer Kreise» (1908), Robert Parks "marginal man" (1928) oder Albert Cohens «delinquente Subkulturen» (1955) die Dominanz des Herder'schen Kulturverständnisses weder in der Politik noch in den Sozialwissenschaften ins Wanken zu bringen. Im Gegenteil: Selbst nach den beiden Weltkriegen, die immer noch als «Völkerkriege» verstanden wurden, hat die Vorstellung, dass es klar abgrenzbare nationale Kulturen gibt, im politischen Alltag nicht ausgedient. Daran vermochte auch der vom norwegischen Ethnologen Fredrik Barth (1969) initiierte Paradigmenwechsel wenig zu ändern. Im Gegenteil: Der Aufstieg des «Multikulturalismus» einerseits und populärwissenschaftliche Bestseller wie etwa

Samuel Huntingtons *The Clash of Civilizations* (1996) andererseits halfen mit, die Herder'sche Denkweise zu revitalisieren.

In der Einleitung möchten wir uns vor dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Multikulturalismus im 2. Abschnitt mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion fördern oder gefährden. Dabei gehen wir von zwei unterschiedlichen Antworten aus. Auf der einen Seite lässt sich im Sinne des Multikulturalismus und des Konzepts der Diversität argumentieren, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung beinhaltet und sich produktiv nutzen lässt. Auf der anderen Seite finden sich Argumente für die Ansicht, dass kulturelle Differenzen den Zusammenhalt dann gefährden, wenn sie mit politischen und ökonomischen Konfliktlinien korrespondieren. Der 3. Abschnitt bietet schliesslich Skizzen der Beiträge im vorliegenden Sammelband.

1 Argumente und Kritik des Multikulturalismus

Das Konzept des Multikulturalismus ist vergleichsweise jung; es ist Ende der 1980er Jahre in den angelsächsischen Einwanderungsländern (vorwiegend in Kanada) entstanden, und zwar als Nachfolgediskurs der Liberalismus-*Kommunitarismus*-Debatte der 1970er und 1980er Jahre (vgl. hierzu Murphy 2012, Kap. 4). Der Liberalismus-Kommunitarismus-Streit drehte sich, grob formuliert, um die beiden Prinzipien der *Freiheit* und *Gerechtigkeit*, welche modernen, liberalen Gesellschaften zugrunde liegen. Dabei monierten die Kommunitaristen (z. B. Amitai Etzioni), dass der politische Aufstieg des Neoliberalismus in Grossbritannien (Margaret Thatcher) und in den USA (Ronald Reagan) in einen unsolidarischen, egoistischen Individualismus münde, der letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde.

Das Hauptargument der Kommunitaristen war folglich, dass die Liberalen sozial blind seien und deshalb ihrem Anspruch, sich für die Freiheit aller BürgerInnen einzusetzen, nicht wirklich gerecht würden. Der renommierte kanadische Kommunitarist Charles Taylor etwa unterstellte den Liberalen, ihr Denken sei dem *Atomismus* verpflichtet, nämlich der Vorstellung, dass die Gesellschaft eine Ansammlung von Individuen sei, deren Identitäten, Fähigkeiten und Zielsetzungen ausschliesslich ihrem individuellen Wesen entsprängen (Taylor 1985). Taylor hingegen vertrat in seiner *social thesis* die Ansicht, dass Menschen in einem soziokulturellen Umfeld eingebettet seien, welches ihre Werteorientierungen und Deutungsmuster, aber auch Lebenschancen und Möglichkeiten, präge. Gemäss dieser These kommt es nicht nur auf die formale Gleichheit der Menschen an, sondern auch darauf, ob sie ihre Rechte kennen, und ob sie über die notwendigen Ressourcen verfügen, um

ihre Rechte einzufordern. Deshalb, so die Vorstellung, seien unterprivilegierte Menschen (einschliesslich kulturelle Minoritäten) bei der Überwindung ihrer Benachteiligung oft auf die Unterstützung des Staates angewiesen.

Gewisse Liberale hingegen (zu nennen sind u. a. Denker wie Karl Popper, Richard Rorty, Robert Nozick und Friedrich August von Hayek) sahen in dieser Forderung einen Appell zur ungleichen Behandlung von Menschen, was in ihren Augen einem Verstoss gegen eine wichtige Grundregel der liberalen Demokratie gleichkam.

Ein weiterer Streitpunkt bestand darin, dass Kommunitaristen das allgemeine Wohl einer Gemeinschaft über jenes der individuellen Freiheit stellten, während die Liberalen jeden Eingriff in die individuelle Freiheit ablehnten.

Da sich die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte über die beiden Prinzipien der Gleichheit und Freiheit nicht als sehr fruchtbar erwies (u. a. weil die Vertreter der beiden Seiten aneinander vorbei diskutierten), sind in deren Folge eine Reihe von Ansätzen entstanden, die sich in der einen und anderen Weise der Anerkennung kultureller Vielfalt verschrieben haben; und so entstand der nicht sehr hilfreiche Sammelbegriff «Multikulturalismus».

Interessant dabei ist, dass sich in Multikulturalismus-Ansätzen oft Argumente der Liberalen und Kommunitaristen verbinden. Will Kymlickas Motto *Freiheit innerhalb einer Minorität und Gleichheit zwischen den Minoritäten und der Majorität* (Kymlicka 1995: 152) bringt diese Fusion bestens zum Ausdruck. Es war übrigens Kymlickas bahnbrechende Buch *Liberalism, Community, and Culture* (1989), welches die *Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte* zum Multikulturalismus-Streit überleitete.

Dabei ist zu beachten, dass es kein einheitliches Multikulturalismus-Konzept gibt. So unterscheidet der kanadische Politologe Michael Murphy (2012, Kap. 5) zumindest folgende Multikulturalismus-Ansätze:

› *The politics of recognition:* Die Politik der Anerkennung ist der Kerngedanke aller Multikulturalismen. Folgendes Zitat von Charles Taylor bringt es auf den Punkt:

> A person or a group of people can suffer real damage, real distortion, if the people or society around them mirror back to them a confining or demeaning or contemptible picture of themselves. Nonrecognition or misrecognition can inflict harm, can be a form of oppression, imprisoning one in a false, distorted, and reduced mode of being. (Taylor 1994: 24–25)

› Anerkennung sei also nicht einfach eine Höflichkeitsgeste, sie sei ein lebenswichtiges menschliches Bedürfnis (Taylor 1994: 26). Allerdings fordert Taylor, dass die Minoritäten ihrerseits das Anderssein der anderen Minoritäten oder der Majorität respektieren. Zudem sollen sie

die fundamentalen Rechte der Menschen, welche unter ihrer Obhut stehen, schützen (Taylor 1994: 59).

› *The value of cultural diversity,* vertreten von praktisch sämtlichen Multikulturalisten, sieht in der kulturellen Diversität eine Bereicherung der Gesellschaft. Die Vielfalt kultureller Gemeinschaften erweitere, so das Argument, den Denkhorizont der Menschen. Sie biete ihnen alternative Wege des Denkens und Handelns und ermögliche ihnen eine kritische Distanz zu ihren eigenen Denk- und Lebensstilen (siehe etwa Taylor 1994; Modood 2007; Tully 1995; Parekh 2000).

› *Deliberative multiculturalism* hebt die Bedeutung des intra- und interkulturellen Diskurses hervor. Auf diese Weise könne, so die Annahme, die Legislative besser auf die wahren Bedürfnisse der kulturellen Gemeinschaften eingehen, was schliesslich auch die Legitimität demokratischer Institutionen erhöhe. Zudem würde sich dadurch die interkulturelle Verständigung intensivieren.

› *The politics of inclusion,* vertreten etwa durch Iris Young (1990) und Anne Phillips (1995), fordert Quotenreglung in der Legislative zugunsten benachteiligter Minoritäten. Dies mache allerdings nur dann Sinn, wenn die jeweiligen Minoritäten zahlenmässig zu klein wären, um mittels allgemeiner Wahlen ihre Vertreter in die Legislative schicken zu können.

› *Liberal culturalism,* vertreten etwa durch den kanadischen Politikwissenschaftler Kymlicka (1995), befürwortet Sonderrechte für jene «nationalen» Kulturen, die von einer dominierenden Nationalkultur verdrängt wurden. Weniger Verständnis zeigt Kymlicka für kulturelle Forderungen von MigrantInnen, die sich ihm zufolge in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren haben.

Eine Variante dieses Ansatzes, der sich auf die Rechte unterdrückter Ureinwohner konzentriert, bezeichnet Murphy als *democratic multinationalism.* Darin enthalten sind Forderungen wie Selbstbestimmung innerhalb klar definierter Territorien bis zur eigenen Staatlichkeit.

› *Tolerationist Multiculturalism,* vertreten u. a. durch den australischen Politologen Chandran Kukathas (2003), plädiert aus einer libertären Warte für die weitgehende Autonomie der kulturellen Gemeinschaften. Demnach solle der Staat sich weder schützend noch sanktionierend in die inneren Angelegenheiten der kulturellen Gemeinschaften einmischen – auch dann nicht, wenn die Praktiken dieser Gemeinschaften gegen die Normen einer liberalen Gesellschaft verstössen. Die Bedingung eines solchen Multikulturalismus wäre allerdings, dass erstens die «abweichenden» Praktiken auf einem breiten Konsens innerhalb

der jeweiligen Gemeinschaft beruhen, und zweitens die «Dissidenten» die Möglichkeit hätten, jederzeit aus ihrer jeweiligen kulturellen Gemeinschaft auszutreten.

Auch die neuerdings an Publizität gewonnene Forderung nach Rechtspluralismus *(legal pluralism)* in westlichen Ländern lässt sich am ehesten dem *tolerationist multiculturalism* zuordnen.

Zu dieser Typologie müsste man noch den von Song (2010) erwähnten *postkolonialen* Ansatz, vertreten u. a. von Duncan Ivison (2006), hinzufügen. Gemäss diesem Ansatz sind die Ureinwohner der Einwanderungsgesellschaften Opfer Genozid ähnlicher Praktiken europäischer Kolonialmächte und hätten deshalb Anspruch auf kompensatorische Sonderrechte. Zudem sei der Liberalismus nicht, wie von dessen Befürwortern behauptet, kulturneutral. Vielmehr sei er eingebettet in die Kulturgeschichte des Westens und beinhalte deshalb eurozentrisches Gedankengut, was dessen Gültigkeit für Gemeinschaften nichtwestlicher Herkunft in Frage stelle.

Die grosse Vielfalt an Multikulturalismus-Konzepten lässt sich auch in den *staatlichen Massnahmen* beobachten. Murphy (2012, Kap. 3) zufolge sind folgende Typen von multikulturalistischen Massnahmen zu unterscheiden:

- *Voice:* Massnahmen, welche Minoritäten eine Vertretung in der Legislative ermöglichen, insbesondere wenn die Minoritäten aufgrund ihrer wenigen Mitglieder nicht in der Lage sind, eigene Vertreter in das Parlament zu schicken.
- *Symbolic Recognition:* Die öffentlich-rechtliche Anerkennung einer Minorität beziehungsweise ihrer Sprache, Religion usw.
- *Redistribution:* Umverteilende Massnahmen mit dem Ziel, die materielle Lage der sozioökonomisch benachteiligten Minoritäten zu verbessern.
- *Protection:* Massnahmen, welche Minoritäten vor den Übergriffen der Mehrheit schützen, wie etwa Antirassismus-Gesetze, aber auch Massnahmen, welche die Minoritäten bei der Bewahrung ihrer kulturellen Praktiken (beispielsweise Pflege ihrer Rituale oder Sprachen) unterstützen.
- *Exemptions:* Mitglieder von Minoritäten werden von bestimmten staatlich-rechtlichen Vorschriften, welche mit ihren eigenen kulturellen Praktiken oder Glaubensvorstellungen im Widerspruch stehen, entbunden.
- *Assistance:* Hilfestellungen (beratend, finanziell oder durch Gesetze), welche darauf abzielen, Mitglieder der Minoritäten zur Überwindung ihrer Benachteiligung oder Bewahrung ihrer kulturellen Identität zu bemächtigen.

› *Autonomy:* Minoritäten wird partielle oder volle Selbstbestimmung gewährt. Solche Massnahmen können von der Selbstbestimmung in einzelnen Angelegenheiten über weitgehende Autonomie bis zur völligen Unabhängigkeit und der Gründung eines eigenen Staates reichen. *Autonomy* wird in der Regel jenen Minoritäten gewährt, welche einst als Ureinwohner eines Landes von den Einwanderern verdrängt worden sind.

Obwohl die Vertreter des Multikulturalismus die zentrale Prämisse teilen, wonach kulturellen Minderheiten ein möglichst hoher Grad an Autonomie zu gewähren ist, lassen sich in den Argumentationsfiguren doch auch Unterschiede beobachten.

Erstens unterscheiden sich die Ansätze in Bezug auf ihre Haltung zur Rolle des Staates. Das Spektrum reicht von der Forderung nach staatlicher Intervention zugunsten benachteiligter Minoritäten bis zum Anspruch auf Laissez-faire, das den kulturellen Minderheiten eine maximale Autonomie einräumt.

Zweitens unterscheiden sich die Multikulturalisten darin, für welchen Typ von «kulturellen Gemeinschaften» sie eintreten. Während die einen sich auf die Rechte «einheimischer» Minoritäten (bspw. Ureinwohner) konzentrieren, stehen bei anderen die Rechte der MigrantInnen im Vordergrund.

Drittens lassen sich zwischen verschiedenen Multikulturalismen Unterschiede in Bezug auf deren sozialphilosophische Orientierung erkennen. So überwiegen bei einigen Autoren kommunitaristische Argumente, während bei anderen eine liberale und bei einer dritten Gruppe eine libertaristische Argumentation vorherrscht.

Es ist kaum zu bestreiten, dass der Multikulturalismus seit den 1990er Jahren vor allem bei linken und grünen Parteien Resonanz fand. Für diese politischen Kräfte lag es auf der Hand, dass der Staat die vornehmlich wirtschaftlich schwachen Immigranten vor übertriebenen kulturellen Anpassungsleistungen schützen sollte. Aber auch der ursprünglich von Kommunitaristen kritisierte Neoliberalismus zeigte in der politischen Praxis durchaus Affinität zum Multikulturalismus. So räumten etwa die britischen Regierungen den Muslimen in den Grossstädten einen hohen Grad an kultureller Autonomie ein, sofern diese auf ökonomische Ansprüche verzichteten.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich der Multikulturalismus indes in der Defensive. Dazu beigetragen haben nicht nur autochthone Gruppen, die a priori Angehörige fremder Kulturen ablehnen, oder Modernisierungsverlierer, die sich von der Exklusion der ImmigrantInnen eine ökonomische Verbesserung erhofften. An Legitimität büsste der Mul-

tikulturalismus auch deshalb ein, weil immer mehr Teile der immigrierten Bevölkerung nicht mehr ihre Desintegration beklagten, sondern Segregation und Sonderrechte einforderten.[1]

Im wissenschaftlichen Diskurs lassen sich inzwischen zwei Hauptgruppen von Kritik am Multikulturalismus erkennen (siehe hierzu u. a. Song 2010): die sozialpolitischen und die sozialtheoretischen.

a) Sozialpolitische Einwände

› *Verletzung von individuellen Freiheiten:* Die Anerkennung der Autonomie von kulturellen Minoritäten könne dazu führen, dass autoritäre Strukturen innerhalb solcher Minoritäten zementiert werden. Dadurch würden Menschenrechte verletzt. Davon betroffen seien vor allem schwächere Mitglieder der jeweiligen Minorität – in der Regel Kinder, Frauen, «interne Minoritäten» (Minoritäten innerhalb einer Minorität) und «Dissidenten» (siehe etwa Eisenberg und Spinner-Halev 2005).

Indem der Multikulturalismus den Schutz von Kollektiven der psychischen oder physischen Integrität von Individuen vorziehe, nehme er in Kauf, dass sich ein Individuum unter Umständen eine nicht mit liberalen Grundrechten konforme Sanktion über sich ergehen lassen muss. Auf diese paradoxe Situation macht auch die UNESCO, die ansonsten für eine möglichst breite kulturelle Diversität plädiert, aufmerksam. Entsprechend empfiehlt sie, nicht alle kulturellen Praktiken nur deshalb zu erlauben, weil sie zu mehr Vielfalt beitragen.

› *Egalitärer Einwand:* Brian Barry, ein prominenter liberaler Kritiker des Multikulturalismus, moniert, dass die Privilegierung kultureller Gemeinschaften gegen den liberalen Grundsatz der Gleichbehandlung aller BürgerInnen verstosse. Ihm zufolge liegt es in der Verantwortung der Minoritäten, wenn sie (aufgrund ihrer Kultur oder ihres Glaubens) Chancen und Freiheiten nicht wahrzunehmen imstande sind. Im Gegensatz zu einer geistigen oder körperlichen Behinderung, welche die Lebenschancen der Betroffenen gegen deren Willen einschränkt, sei die Zugehörigkeit zu einer Kultur eine freiwillige Angelegenheit (Barry 2001).

› *Ablenkung von den Fragen der Umverteilung:* Die Hervorhebung kultureller Unterschiede lenke von Klassengegensätzen ab, zementiere dadurch die Ungleichheit und verhindere eine transkulturelle Solida-

1 Typisch für diese Haltung war der Appell des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan (2003–2014) an seine Landsleute, dass Assimilation ein «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» sei (siehe beispielsweise die Süddeutsche Zeitung vom 17. Mai 2010).

rität der unteren Klassen. Als Folge multikulturalistischer Politik also «wird die gesellschaftliche Auseinandersetzung durch den Kampf um Anerkennung und nicht mehr durch den Kampf um die materiellen Lebensbedingungen charakterisiert. Die Kultur ersetzt die Klasse» (Ghadban 2005: 3).

› *Gefährdung sozialer Kohäsion:* Die Multikulturalismus-Politik zersetze die moderne, offene Gesellschaft in eine Vielzahl isolierter Gemeinschaften. Sie sei deshalb als «Ideologie der Desintegration» (Ghadban 2005) anzusehen: «Von einer Politik, die tendenziell auf die Abschaffung der Unterschiede zielte, in dem sie durch geeignete Förderung [der] benachteiligten ethnischen Gruppen die Voraussetzung für ihre Wahrnehmung der Chancengleichheit in einer liberalen demokratischen Staatsordnung schaffen wollte, entwickelte sich eine Politik der Anerkennung der Differenz, die zur Desintegration oder mindestens zur Erhaltung von desintegrativen Aspekten führte» (Ghadban 2005: 2).

› *Umstrittener Umgang mit der Kultur:* Waldron (1995) argumentiert, dass die Erhaltung einer bestimmten Lesart einer Kultur andere Lesarten verhindere. Zudem stehe eine solche Politik des Präservierens dem Wandel der jeweiligen Kultur im Wege.

b) Kulturtheoretische Einwände

› *Umstrittener Kulturbegriff:* Eine Reihe von Kulturwissenschaftlern wirft den Multikulturalisten ein essentialistisches Kulturverständnisses vor. Andreas Wimmer etwa bemängelt, dass das Konzept des Multikulturalismus, welches als Gegenpol zur Assimilationstheorie und als Ablehnung eines Herder'schen Kulturbegriffs (ein Land, eine Kultur) in Erscheinung getreten war, den Herderianismus erst recht wiederbelebt hat.

> Der mit dem Multikulturalismus […] verbundene Untergang der alten Assimilationstheorie führte zurück zum reinen Herderianismus. Der Multikulturalismus behauptet, dass ethnische Kulturen, Identitäten und Gemeinschaften über Generationen hinweg lebendig, praktikabel und sichtbar bleiben. (Wimmer 2008: 61)

Ähnlich argumentiert Wolfgang Welsch (2005), wenn er schreibt, dass im Konzept der Multikulturalität folgende Bestimmungsstücke des Herder'schen Kulturverständnisses wiederzuerkennen seien: a) *soziale Homogenisierung (Kultur prägt alles),* b) *ethnische Fundierung* (eine Kultur ist die Kultur eines einzigen Volkes) und c) *interkulturelle Abgrenzung* (Kulturen haben klar umrissene Grenzen). Welsch schlussfolgert:

> Das Problem also ist, dass das Multikulturalitätskonzept (bei allen guten Intentionen) *begrifflich* noch immer die Prämisse des alten Kulturbegriffs – die Unterstellung einer insel- oder kugelartigen Verfassung der Kulturen – mit sich fortschleppt. (Welsch 2005: 45)

Obwohl bei dieser Kritik von «Multikulturalität» die Rede ist, kann sie ohne weiteres auch für den Multikulturalismus geltend gemacht werden.

Eine ähnliche Kritik wird am Begriff der «Gemeinschaft» beziehungsweise der «kulturellen Gemeinschaft» ausgeübt (Murphy 2012)

› *Kosmopolitischer Einwand:* Kosmopolitisch orientierte Kritiker sehen Kulturen nicht als geschlossene Systeme, sondern als dynamische Entitäten, die ständigen Prozessen der Hybridisierung ausgesetzt sind. Das folgende, in der Fachliteratur beliebte Zitat von Jeremy Waldron (1995) bringt diese Auffassung auf den Punkt:

> We live in a world formed by technology and trade; by economic, religious, and political imperialism and their offspring; by mass migration and the dispersion of cultural influences. In this context, to immerse oneself in the traditional practices of, say, an aboriginal culture might be a fascinating anthropological experiment, but it involves an artificial dislocation from what actually is going on in the world. (Waldron 1995: 100)

Zusammenfassend können wir festhalten, dass sowohl die Multikulturalismus-Ansätze als auch die Kritik daran eine beachtliche Vielfalt aufweisen. Da viele Multikulturalisten (z. B. Etzioni) einräumen, dass der Autonomieanspruch von kulturellen Minderheiten nicht unbegrenzt sein darf, und dass es folglich immer verfassungsrechtliche Leitplanken geben muss, die das Individuum gegebenenfalls vor Sanktionen und Bräuchen des Kollektivs schützen, ist durchaus eine Politik vorstellbar, die gleichermassen einen Schutz von kulturellen Minderheiten als auch einen Schutz von Individuen vor diesen Minderheiten bietet. Dass eine solche ausgleichende Position indes an der politischen Realität scheitern dürfte, zeigen nicht zuletzt die aktuellen Debatten über das Kopftuch und die Beschneidung.

2 Kulturelle Differenzen und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Im Folgenden wenden wir uns der Frage zu, inwiefern kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion bedrohen oder Gesellschaften bereichern. Dabei dominieren im massenmedialen und sozialwissenschaftlichen Diskurs

zwei Antworttypen, die sich teilweise diametral widersprechen. Sowohl der Multikulturalismus als auch das auf kulturelle Heterogenität in privaten und öffentlichen Betrieben fokussierte Diversity-Paradigma gehen davon aus, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung beinhaltet und folglich wünschbar ist. Diametral im Gegensatz dazu argumentiert die pessimistische Kulturkonflikt-These, dass fundamentale kulturelle Differenzen wie etwa im Bereich der religiösen Überzeugungen nicht zu überwinden sind und folglich den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Vor dem Hintergrund der soziologischen Positionen, auf die wir bereits in der Einleitung hingewiesen haben, sind beide Antworten indes viel zu undifferenziert, da sie einerseits die Identität von Menschen im Sinne des Herder'schen Kulturbegriffs auf Zugehörigkeiten zu kulturell definierten Kollektiven reduzieren und andererseits ökonomische Differenzen, gemessen an der Einkommens- und Vermögenskonzentration, ignorieren.

a) Kulturelle Differenzen als Bereicherung?

Aus der Perspektive des Multikulturalismus- und des Diversity-Paradigmas sind kulturelle Differenzen bereichernd und gar produktiv und wirken – sofern die kulturelle Identität der Menschen vor Assimilationszwängen geschützt wird – integrativ. In diesem Sinne distanzieren sich beide Positionen gleichermassen von der soziologischen Prämisse, dass der soziale Zusammenhalt vornehmlich durch sozioökonomische Differenzen gefährdet wird. In der Tat rückte der *Multikulturalismus* den Anspruch auf Anerkennung von kulturellen Differenzen mit dem Argument in den Vordergrund, dass die Verwirklichung der kulturellen Identität für den Menschen nicht weniger wichtig sei als die Realisierung materieller Ansprüche (Taylor 1993). Mit anderen Worten: Gesellschaften seien in erster Linie darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder bei der Ausübung ihrer kulturellen Praktiken nicht beeinträchtigt werden.

Von daher vermag kaum zu überraschen, dass die Vernachlässigung ökonomischer Differenzen und Benachteiligungen den Multikulturalismus attraktiv für die neoliberale Politik machte. Die Affinität zwischen Multikulturalismus und Neoliberalismus ist vorab in Grossbritannien zu erkennen, wo Politiker seit dem Amtsantritt Margret Thatchers 1979 soziale Unruhen eher auf mangelnde Selbstachtung zurückführen als auf materielle Benachteiligungen, und deshalb keine sozialstaatlichen Interventionen, sondern eine therapeutische Behandlung empfehlen (vgl. auch Giddens 1999).

Von daher liegt es denn auch auf der Hand, dass der britische Staat von seinen BürgerInnen keine Enkulturation fordert, sondern den ImmigrantIn-

nen die Chance bietet, ihre kulturelle Identität in exklusiven, ökonomisch benachteiligten Lebensräumen wie etwa den Londoner Stadtteilen Acton oder Southall zu bewahren.

Auch wenn VertreterInnen des *Diversity*-Paradigmas gleichermassen kulturelle Vielfalt anpreisen, fordern sie immerhin nicht bloss die Anerkennung von kulturellen Spezifika, sondern zusätzlich eine Gleichbehandlung u. a. von Individuen mit unterschiedlichen kulturellen Merkmalen im Hinblick auf den Zugang zu politischen und wirtschaftlichen Ressourcen. Ein Meilenstein der Diversity-Bewegung war zweifellos in den 1960er Jahren die Realisierung der von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung geforderten *Affirmative Action*, wonach diskriminierten sozialen Gruppen wie etwa den Schwarzen eine Quote oder zumindest eine Kompensation der strukturellen Benachteiligung gewährt wird.

Auch wenn in Nordamerika und Europa bislang die Hautfarbe und das Geschlecht als benachteiligende Merkmale im Vordergrund standen, ist grundsätzlich denkbar, dass auch kulturelle Merkmale wie Religion oder ein bildungsfernes Herkunftsmilieu eine *positive Diskriminierung* fundieren. Besonders weit geht diesbezüglich Brasilien, wo bei der Vergabe der Studienplätze an Bundesuniversitäten nicht mehr nur die ethnische Zusammensetzung berücksichtigt wird, sondern neuerdings 50% der Studienplätze für SchülerInnen reserviert bleiben, deren Eltern sich keine Privatschule leisten können (NZZ 2012).

Gegen soziale Diskriminierung von kulturellen Minderheiten und für mehr Chancengleichheit ist auch das *Diversity-Management* in Unternehmen gerichtet. Dabei bewertet man allerdings kulturelle Differenzen nicht bloss als Bereicherung, sondern auch als Ressource für die Erhöhung des Unternehmenserfolgs. Entsprechend ist auf den ersten Blick auch häufig nicht erkennbar, ob das Diversity-Management eher auf mehr Gerechtigkeit oder mehr Gewinnmaximierung oder beides abzielt.

Auch in der Schweiz hat sich das Diversity-Management inzwischen vor allem bei grossen Betrieben etabliert. So verlangt z. B. der Bundesrat u. a. im Hinblick auf die Förderung der Mehrsprachigkeit von all seinen Departementen, Ämter und Betrieben der Bundesverwaltung, dass sie Ziele und Massnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit erarbeiten und umsetzen.

Novartis schreibt auf ihrer Webseite (https://www.novartis.ch/de/karriere/arbeiten-bei-novartis, Zugriff am 15.6.2015): «Die globale Ausrichtung und Geschäftstätigkeit von Novartis hat hier in der Schweiz ein multikulturelles Arbeitsumfeld zur Folge: Menschen aus über 90 Nationen arbeiten in den Novartis Werken in Basel. Diese Diversität bedeutet eine unschätzbare

Bereicherung in der Arbeitswelt und eine kulturelle Offenheit, die weit in den persönlichen Bereich Auswirkungen hat.»

Ähnlich wie der Multikulturalismus orientiert sich indes auch das Diversity-Paradigma an einem holistischen Kulturmodell, das die menschliche Identität auf ein Merkmal reduziert und damit eine «solitaristische Identität» (Sen 2006) suggeriert. Hinzu kommt, dass auch das universalistisch geprägte Diversity-Paradigma mit dem Vorwurf konfrontiert ist, dass eine positive Diskriminierung zwar Chancenungleichheiten kompensiere, zugleich aber die interpersonellen Einkommens- und Vermögensungleichheiten unberührt lasse. Am heftigsten moniert dies Walter Benn Michaels (2006), der vor dem Hintergrund des Diversity-Booms in den USA davor warnt, dass das Diversity-Paradigma – und das erinnert stark an die Kritik am britischen Multikulturalismus-Modell – von der neoliberalen Politik instrumentalisiert wird, um von der ansteigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration abzulenken:

> The argument, in its simplest form, will be that we love race – we love identity – because we don't love class. We love thinking that the differences that divide us are not the differences between those of us who have money and those who don't but are instead the differences between those of us who are black and those who are white or Asian or Latino or whatever. (Michaels 2006: 6)

In der Tat ist nicht zu bestreiten, dass mit mehr Anerkennung und Respekt, aber auch mit mehr Lebenschancen für eine benachteiligte Kategorie von Menschen nicht automatisch die Einkommens- und Vermögenskonzentration sinkt. So ist z. B. nicht zwangsläufig damit zu rechnen, dass bei einer höheren Beteiligung von Frauen in den Chefetagen von Grossunternehmen die Kluft zwischen der Topmanagerin, die gleich viel wie ihre männlichen Kollegen verdient, und ihrer männlichen Reinigungskraft, der gleich viel wie seine weibliche Kollegin verdient, abnimmt.

Dass der Abbau von sozialer Diskriminierung die Einkommens- und Vermögenskonzentration nicht tangieren muss, zeigt sich nicht zuletzt in Südafrika, wo die Vermögenskonzentration nach wie vor extrem hoch ist, und die Einkommensungleichheit seit dem Ende des Apartheid-Regimes sogar ansteigt und – was besonders zum Nachdenken anregen sollte – bei den Schwarzen nicht nur höher als bei den Weissen ist (Gini 2008: 0.62 versus 0.50), sondern auch stärker angestiegen ist (Anstieg Gini 1993–2008: 0.08 versus 0.07) (Leibbrandt et al. 2010: 32).

Als Zwischenfazit können wir also festhalten, dass sowohl der Multikulturalismus als auch das Diversity-Paradigma unterstellt, dass kulturelle

Differenzen bereichernd wirken und folglich den sozialen Zusammenhalt unterstützen. Dabei begnügt sich der Multikulturalismus vorab mit der Forderung nach einem Schutz der Identität und Integrität von kulturellen Minderheiten vor dem Assimilationsanspruch der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Da die Politik der Anerkennung den Wohlfahrtsstaat kaum belastet, vermag es kaum mehr zu überraschen, dass der Multikulturalismus ungeachtet der Liberalismuskritik der Kommunitaristen gut mit dem Neoliberalismus vereinbar ist. Entsprechend ist es kein Zufall, dass Grossbritannien seit Thatcher sowohl beim Abbau des Sozialstaats als auch bei der Tolerierung von räumlich-ethnischer Segregation Spitzenwerte einnimmt. Etwas differenzierter ist in dieser Hinsicht die Diversity-Bewegung, fordert sie doch sowohl Anerkennung von kultureller Differenz als auch die Beseitigung von Chancenungleichheiten, die auf der Zugehörigkeit zu kulturellen Kollektiven beruhen. Gleichwohl pflegen beide Positionen ein essentialistisches Kulturverständnis und ignorieren das Desintegrationspotenzial ökonomischer Differenzen.

b) Kulturelle Differenzen als Bedrohung?

Ökonomische Differenzen finden auch in der Kulturkonflikt-These wenig Beachtung. Manche Theoretiker behaupten sogar, dass im 21. Jahrhundert die kulturellen Konflikte wichtiger werden als die ökonomischen (z. B. Huntington 1996). Im Unterschied zu Multikulturalisten behaupten die Assimilationisten jedoch, dass kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion gefährden. Folglich gäbe es denn auch nur zwei politische Optionen, entweder die Assimilation der immigrierten Minderheit oder räumliche Segregation. Dabei wird in Europa zur Zeit vornehmlich auf die unversöhnlichen Differenzen zwischen der christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft und muslimischen MigrantInnen hingewiesen. Aber auch ein Blick in die Geschichte untermauert durchaus die Ansicht, dass insbesondere religiöse Differenzen trennen und häufig genug Anlass für gewalttätige Auseinandersetzungen gewesen sind (Schweizer 2002).

Dass kulturelle Differenzen kaum überbrückbar seien, wurde nicht zuletzt aber durch Huntingtons oben erwähnte Buch *The Clash of Civilizations* (1996) zementiert und popularisiert. Dass diese Theorie derart populär wurde und der 2008 verstorbene Huntington damit auf der ganzen Welt für volle Hörsäle sorgte, mag vor allem das Ergebnis ihres schlichten Weltbilds sein, das – ähnlich wie der Vulgärmarxismus und -feminismus oder die Elitentheorie – trennscharfe Grenzen zwischen intern homogenen Gemeinschaften und folglich übersichtliche Konfliktkonstellationen suggeriert. Genau dieses simple Schwarz-Weiss-Schema, das kulturelle Grautöne ignoriert, ist indes

auch ihre grosse Schwäche. Fakt ist jedenfalls, dass sich die Kulturkonflikt-These genauso wie der Multikulturalismus an einem holistischen Verständnis von Kultur orientiert und dabei Zugehörigkeiten zu Religionen einen zu grossen Stellenwert einräumt. Mit anderen Worten: die sogenannten Zivilisationen sind keineswegs so homogen, wie das Huntington behauptet (siehe z. B. Todorov 2010). Dafür spricht nicht zuletzt, dass Auseinandersetzungen innerhalb von Zivilisationen häufig heftiger sind und waren als zwischen Zivilisationen. So ist etwa der Konflikt zwischen Muslimen in vielen Regionen der Weltgesellschaft – denken wir nur an Bahrain (Sunniten versus Schiiten) oder an Syrien (Sunniten versus Schiiten/Alawiten) – ungleich brutaler als etwa zwischen Christen und Muslimen in Europa.

c) Multiple Identitäten und sich kreuzende Konfliktlinien

Aus soziologischer Sicht ist indes vor allem bedenklich, dass die Anhänger der Kulturkonflikt-These genauso wie die Multikulturalisten sowohl die ökonomische Differenzierung von Gesellschaften als auch die konfliktdämpfende Wirkung von Individualisierung im Sinne Simmels Metapher von der «Kreuzung sozialer Kreise» ausblenden (vgl. auch Nollert 2010). So vernachlässigen beide Positionen gleichermassen, dass einerseits viele religiöse Konflikte primär Ausdruck ökonomischer Interessengegensätze sind und andererseits sich die Identität von Menschen nicht auf eine singuläre, kulturelle Zugehörigkeit reduzieren lässt.

Amartya Sen (2006) brachte diese Kritik an Huntington folgendermassen auf den Punkt:

> Wenn man die Weltbevölkerung nach Zivilisationen oder Religionen unterteilt, gelangt man zu einer «solitaristischen» Deutung der menschlichen Identität, wonach die Menschen einer und nur einer Gruppe angehören (die hier durch Zivilisation oder Religion definiert ist, während man früher die Nationalität oder die Klassenzugehörigkeit in den Vordergrund stellte). […] Mit einer solitaristischen Deutung wird man mit ziemlicher Sicherheit fast jeden Menschen auf der Welt missverstehen. Im normalen Leben begreifen wir uns als Mitglieder einer Vielzahl von Gruppen – ihnen allen gehören wir an. (S. 8)

Mit anderen Worten: Eine soziologische Perspektive, die sich u. a. an den Beiträgen von Simmel und Park, aber auch am Ökonomen Sen orientiert, mahnt dazu, sich von der monokausalen Vorstellung zu verabschieden, dass kulturelle Differenzen die soziale Kohäsion bedrohen oder dass sie bereichernd